

# INFO DIE LINKE.

Kiel, 5. September 2009

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein

### KONSEQUENT SOZIAL!

In den Landtag gehört endlich eine Partei, die gegen Armut und Sozialabbau, für Arbeit und soziale Gerechtigkeit eintritt. Deshalb am 27. September DIE LINKE wählen.  
[www.die-linke-schleswig-holstein.de](http://www.die-linke-schleswig-holstein.de)

### DIE LINKE.

**G**emeinsam haben wir es geschafft. DIE LINKE startet parallel zum Bundestagswahlkampf gut aufgestellt auch in den Landtagswahlkampf.

Mit 96 von 100 Delegierten war die Landesvertreterinnen-Versammlung so gut besucht wie nie zuvor, und die Mehrheit der Delegierten blieb auch bis zum Ende der Mammut-Wahlsitzung dabei. So konnte über ein gemeinsames Aktionsprogramm diskutiert und eine kompetente und ausgewogene Landesliste aufgestellt werden. Die meisten Ergebnisse waren eindeutig und am Ende der Veranstaltung waren die Anwesenden vorwiegend zufrieden (und erschöpft).

Schon am folgenden Wochenende waren viele Mitglieder der Partei wieder gefragt. Der Landesrat diskutierte und beschloss am Ende einstimmig das Aktionsprogramm. Mit diesem Aktionsprogramm geben wir unserer zukünftigen Landtagsfraktion eine Richtschnur für die parlamentarische Arbeit in den ersten 100 Tagen. Zudem stellt das Aktionsprogramm die Weichen für das ausführliche Landesprogramm, das nach der Wahl intensiv in den Kreisverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften diskutiert werden wird. Im Herbst werden wir dieses dann

auf einem Landesparteitag beschließen. Diese Diskussion wird - wie auch die Diskussion um das Aktionsprogramm - zeigen, wie lebendig und pluralistisch die LINKE in Schleswig-Holstein ist.

Am 1. September beginnt in Schleswig-Holstein der offizielle Wahlkampf für DIE LINKEN. In vielen Kreisverbänden wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, die Plakate gehängt. Stände und Straßenwahlkampf bringen viele von uns auf die Straße. Auch die Bundesprominenz unterstützt uns wie nie zuvor, denn es ist Zeit für einen Politikwechsel auch in Schleswig-Holstein.

Die guten Ergebnisse der Kommunalwahl und die erfolgreiche Arbeit in den Kommunalfraktionen haben gezeigt: Auch in Schleswig-Holstein ist DIE LINKE eine ernstzunehmende politische Kraft. Wir werden mit einer starken Fraktion im Landtag die Arbeit in den Kommunen für die Menschen in diesem Land unterstützen. Für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine ökologische und soziale Erneuerung.

Für viele Genossinnen und Genossen bedeutet Wahlkampf wenig Schlaf, kaum Zeit für die Familie und Freunde außerhalb der Partei und ständige Ansprechbarkeit. Nicht nur für die Genossinnen und Genossen sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger. Doch Wahlkampf macht auch Spaß; Denn wir alle wissen, wofür wir es tun:

- Für einen Politikwechsel im Bund und für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein.

- Für eine lebendige und vereinte LINKE in Schleswig-Holstein.

- Packen wir es an: Gemeinsam und solidarisch werden wir es schaffen.

- Landesvorstand Silke Mahrt

### Rückenwind für Schleswig-Holstein:

Politikwechsel ist möglich!

**Z**u den guten Ergebnissen der LINKEN bei den Landtagswahlen am 30. August 2009 in Thüringen (27,4%), Saaland (21,3%) und Sachsen (20,6%) sagte Cornelia Möhring, Sprecherin des Landesverbandes Schleswig-Holstein „Uns zeigt das Ergebnis ..., was wir in unserem Wahlkampf in Schleswig-Holstein schon seit Wochen spüren: Die Menschen wollen einen Politikwechsel, im Bund ebenso wie in den Ländern.

Den Wählerinnen und Wählern geht es nicht um Personen, es geht um soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Mindestlöhne und andere wichtige Fragen. Die Linke hat es geschafft, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen und ist deswegen erfolgreich.“

### In dieser Ausgabe:

Von W bis A: Wahlen bis Austritt

SEITE 1 - 6

Bundestags- und Landtags-Wahlen in Schleswig-Holstein

SEITE 7

Politik für die Jugend und Neues Präsidium im Landesrat

SEITE 8 - 9

Aus Kreisen, Ortsverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften

SEITE 10 - 11

Enttäuschungen, Vorwürfe, Austritte...

SEITE 12

Flüchtlinge haben keine Wahl

# Bundestags- und Landtags-Wahlen am 27. 9.2009

## Je stärker die Linke, desto sozialer das Land!

Auszüge aus der Rede  
des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE  
Gregor Gysi,

auf dem Bundestagswahlparteitag  
am 20. und 21. Juni 2009

“ ... Zurück zum Pluralismus auch in unserer Partei. Wie funktioniert Pluralismus und wie funktioniert er nicht? Ich glaube, das konnten wir in den vergangenen Wochen und Monaten doch ganz gut studieren. Und nun müssen wir auch ein paar Schlussfolgerungen daraus ziehen. Zunächst ist doch die Frage: Haben wir alle Gemeinsamkeiten? Gibt es Gründe, weshalb wir alle in einer Partei sind? Ich weiß, wir sind immer groß darin zu betonen, worin die Differenzen liegen. Vielleicht sollten wir uns doch mal mit unseren Gemeinsamkeiten beschäftigen.

Ich denke, was Oskar vorhin so klipp und klar gesagt hat, wir sind wirklich eine Friedenspartei. Noch nie hat meine Fraktion einem völkerrechtswidrigen Krieg zugestimmt. Alle anderen Fraktionen haben schon völkerrechtswidrigen Kriegen zugestimmt – alle! Das wird bei uns nie passieren. Und ich finde, das ist doch eine wichtige Gemeinsamkeit. Ich kenne kein einziges Mitglied unserer Partei, das sagen würde, doch, ich würde jetzt auch mal an einem völkerrechtswidrigen Krieg teilnehmen wollen. Kenne ich nicht! Auch nicht mit der albernen Begründung einer humanitären Intervention. Eine Intervention ist alles Mögliche, aber niemals humanitär!

Wir sind uns alle einig, dass wir ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit anstreben, und zwar weltweit, in Europa und in Deutschland. Es gibt keinen, der das anders sieht. Das ist doch eine wichtige Gemeinsamkeit in unserer Partei.

Wir sind uns alle einig, dass wir mehr Demokratie in der Politik benötigen, aber dass wir vor allem in der Wirtschaft Demokratie einführen wollen, wo es sie heute noch gar nicht gibt.

Wir sind uns alle einig, dass wir eine ökologisch nachhaltige und höchst produktive Wirtschaft wollen. Wir sind uns einig, dass wir höchste Bildungs- und Kulturchancen für alle wollen. Es ist übrigens auch ein verbreiteter Irrtum, dass Linke gegen die Förderung von Begabungen sind. Nein, wir sind für die Förderung jeder Begabung. Das Problem ist nur, dass wir sagen, die Begabung des Kindes des Professors ist genauso zu fördern wie die Begabung des dritten Kindes der alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerin – das ist der Unterschied!

Und wir sind uns auch einig, dass wir eine Gleichstellung zwischen Ost und West wollen. Wir wollen eine Selbstverständlichkeit, dass man für die gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit den gleichen Lohn bekommt und für die gleiche Lebensleistung die gleiche Rente. Aber nur wir sind uns diesbezüglich einig.

Und dann, ich weiß nicht, ob alle, aber doch fast alle wollen

Bundestagswahlparteitag, Berlin:  
Ab in den Wahlkampf!



wir den Kapitalismus überwinden. Ich habe schon 1990 gesagt, der Staatssozialismus ist gescheitert, aber der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist bloß übriggeblieben. Und jetzt erleben wir seine tiefe Krise...

“... Es gibt selbstverständlich auch Differenzen und mit denen umzugehen gibt es zwei Wege. Der eine ist sehr deutsch, der besteht darin, dass man versucht, regelmäßig zu siegen und im Siegen überhaupt nicht aufhören kann. Zum Beispiel bei der deutschen Einheit.

Der andere ist sehr viel klüger, weil man dann differenzierter mit anderen Auffassungen umgeht. Ich weiß ja, wir haben eine Gruppe oder eine Strömung 1 und eine 2, eine 3 und eine 4 – ich glaube, ich kenne sie auch einigermaßen. Aber dann haben wir viele, sehr viele Mitglieder unserer Partei, die gar keiner Strömung angehören. Das darf man auch nicht vergessen. Und jetzt bitte ich euch einmal, euch in die Situation zu versetzen, wenn ihr Mitglied einer solchen Gruppe wäret. Wenn ich Mitglied der Gruppe 1 wäre, dann bin ich ja davon überzeugt, dass die Mitglieder der Gruppe 2, 3 und 4 Unrecht haben, sonst wäre ich ja dort Mitglied, das ist doch klar. Dann muss man sich schon mal überlegen, ob man der Gruppe 2 nicht mal zeigen will, dass sie nicht besonders viel taugt. Wenn man sich das überlegt, kommt man auf die Idee, doch mit der Gruppe 4 gegen die Gruppe 2 zusammenzugehen. Da sagt dann die Gruppe 4, das ist eine hervorragende Idee, fürchtet aber, dass danach der Weg gegen sie selbst geöffnet ist, weil wenn man das erste erledigt hat, kann man sich ja der zweiten Frage widmen. Das Ganze gilt natürlich genauso auch umgekehrt. Das könnte man alles so machen, das sind dann Zweckbündnisse, die man eingeht. Aber ich sage euch: Der Reiz unserer Partei besteht in unserer Pluralität. Und jeder, der sie gefährdet, gibt uns eigentlich, zumindest teilweise, auf.

Und deshalb, ich weiß, dass sie es wissen, aber ich sage es trotzdem allen aus den Gruppen 1, 2, 3, 4 oder auch noch 5 – sie müssen eines wissen: gäbe es nur noch sie und alle anderen nicht in unserer Partei, wären sei gesellschaftspolitisch völlig irrelevant! Das gilt für jede Gruppe! ...“

Von links nach rechts:

**Bundestags-KandidatInnen  
Schleswig-Holstein:**

- Sascha Thomas
- Susanne Vogel-Vitzthum
- Esther Hartmann  
(inzwischen zurück- und aus der  
LINKEN ausgetreten, Siehe S. 11)
- Cornelia Möhring
- Raju Sharma



Die Vertreterinnen und Vertreter  
des Landesverbandes DIE LINKE.SH  
haben auf ihrer Versammlung  
am 9. Mai 2009 in Neumünster

- Cornelia Möhring auf den ersten
- und Raju Sharma auf den zweiten Platz

der Landesliste zu den Bundestagswahlen  
im September gewählt.



**Politische Ziele**

Wir alle erleben täglich Widersprüche und Zumutungen, die nicht länger hinnehmbar sind. Da werden Milliarden in marode Banken gepumpt, aber immer mehr Menschen haben nicht das Nötigste zum Leben. Es gibt eine Überproduktion von Lebensmitteln, aber viele Kinder kommen hungrig in die Schule. Trotz einer rasanten Entwicklung der Produktivkräfte wird der Arbeitstag verlängert und immer mehr Menschen in Erwerbslosigkeit und die Armutsfalle Hartz IV geschickt. Die Anzahl der geringfügig und befristet Beschäftigten ist stark angestiegen. Hier arbeiten vorwiegend Frauen, die immer noch weniger Lohn erhalten als ihre männlichen Kollegen. Die Krise zeigt diese Ungleichheiten noch deutlicher und besonders Frauen werden überdurchschnittlich betroffen sein. Die LINKE hat die notwendigen Antworten. An ihrer Realisierung möchte ich aktiv mitwirken.

**Lebenslauf**

- Schon in meiner Schulzeit habe ich mich als Schulsprecherin für die Interessen der Schülerinnen und Schüler eingesetzt und für ein besseres Bildungssystem engagiert.
- Während meiner Ausbildung zur Industriekauffrau wurde ich Jugendvertreterin und war im späteren Berufsleben viele Jahre Betriebsrätin.
- Über den zweiten Bildungsweg absolvierte ich ein Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik mit den Schwerpunkten Organisationssoziologie und Sozialpsychologie. Danach folgte ein Aufbaustudium der Sozialökonomie mit dem Schwerpunkt "Feministische" Forschung und Frauenarbeit.
- Als Diplom Sozialökonomin bin ich selbständig als Beraterin für Betriebs- und Personalräte tätig. Ich begleite Interessensvertretungen bei Umstrukturierungen, geplanten Privatisierungen und in Sozialplanverhandlungen.

**Politische Ziele**

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass das bestehende kapitalistische System die soziale Schiefelage unserer Gesellschaft verschärft, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört und ein friedliches Zusammenleben der Völker nachhaltig behindert. Die Lösung dieser Krise verlangt Antworten, die über das bestehende System hinausweisen. Ich will im Bundestag für einen Politikwechsel kämpfen, bei dem

- der Grundsatz „Menschen vor Profit“ zum entscheidenden Maßstab des politischen Handelns wird,
- sich Deutschland ausschließlich an der friedlichen Lösung internationaler Konflikte beteiligt und aus allen militärischen Aktivitäten zurückzieht,
- die Bundesrepublik sich zu einem Sozialstaat entwickelt, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger schützt und der allen Feinden der Demokratie entschieden entgegen tritt.

**Lebenslauf**

- Am 28. Juli 1964 in Hamburg geboren, verheiratet, eine Tochter, ein Sohn. 1983 Abitur in Hamburg. Einstufige Juristenausbildung in Hamburg und Bombay (Fachschaftsrat an der Universität Hamburg FB Jura II). 1990 Rechtsanwaltspraxis in Hamburg.
- Seit Juli 1990 im schleswig-holsteinischen Landesdienst; u.a. als Leiter des Ministerbüros, Justitiar, Europareferent im Sozialministerium (Sprecher der Beamtengruppe im Personalrat), Gruppenleiter beim Landesrechnungshof (Personalratsvorsitzender), Referatsleiter in der Staatskanzlei (Haushalt, Verwaltungsmodernisierung).
- 2003 bis 2005 Geschäftsführer der DFB Kulturstiftung (Aufbau des begleitenden Kunst- und Kulturprogramms der Bundesregierung zur FIFA WM 2006 unter der künstlerischen Leitung von André Heller).

2006 Kurzzeitexperte der EU beim Twinning-Projekt zum Aufbau der öffentlichen Finanzkontrolle in Bulgarien.

Seit 2005 in der Staatskanzlei (Kulturabteilung): Leiter des Referats für Nationale Minderheiten, Heimatpflege, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Soziokultur, kulturelle EU-Angelegenheiten, Denkmalpflege, Fachaufsicht Landesämter für Kultur (stv. Vorsitzender des Hauptpersonalrats und der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte bei den obersten Landesbehörden).

In den 70er und 80er Jahren politisches Engagement vor allem in der Friedensbewegung. Mitgliedschaft bei SDAJ, DKP und MSB, von 1992 bis 2005 Mitglied der SPD.

Eintritt in die Linkspartei Schleswig-Holstein im Jahr 2005. Von 2006 bis 2007 Vorsitzender der Landesfinanzrevisionskommission und Sprecher der Linkspartei in der Gemeinsamen Steuerungsgruppe von Linkspartei und WASG in SH; seit Juni 2007 Mitglied der Bundesfinanzrevisionskommission der LINKEN (stv. Vorsitzender der BFRK seit Mai 2008).

## Das Elend hat ein Ende

### Die Große Koalition in Schleswig-Holstein ist gescheitert

#### Zur Landtagswahl am 27. September befragte DISPUT Raju Sharma.

*Landtagspräsident Martin Kayenburg hat sich am 23. Juli geweigert, seinem Ministerpräsidenten und CDU Parteifreund Carstensen absichtlich das Vertrauen zu entziehen, und die "unechte" Vertrauensfrage kritisiert. Wie viel politisches Porzellan haben Union und SPD tatsächlich zerbrochen?*

Das Porzellan war schon lange vorher kaputt, jetzt zerdeppern sie nur noch den Rest des Mobiliars. Im Grunde hat diese Landesregierung nie funktioniert, weder inhaltlich noch personell. Deswegen sind die meisten Schleswig-Holsteiner froh, dass das Elend endlich ein Ende hat und es die Neuwahl gibt. Dass diese Neuwahl jetzt über eine fingierte Vertrauensfrage herbeigeführt worden ist, wird man aber vor allem dem amtierenden Ministerpräsidenten ankreiden, dessen bisherige Popularität sich ja weniger auf Fachkompetenz als auf Vertrauen und Sympathie begründet hatte. Von seinem SPD Herausforderer Stegner hatte eh niemand etwas anderes erwartet.

*Mit welchen unerledigten Hausaufgaben verabschieden sich CDU und SPD in den Wahlkampf?*

Von ihren politischen Zielen - Haushaltskonsolidierung, Bürokratieabbau, Kreisgebietsreform - hat die Große Koalition kein einziges erreicht. Trotz jahrelanger Mehreinnahmen ist das Land

höher verschuldet als je zuvor. Von Aufgabenabbau gibt es keine Spur. Das von CDU und SPD vorgelegte Polizeigesetz musste gleich wieder geändert werden, weil es in weiten Teilen verfassungswidrig war. Die Landesregierung selbst feiert sich für die Streichung des Weihnachtsgeldes bei den Beamten übrigens ein klarer Bruch eines Wahlversprechens der CDU - und für eine halbgeheure Schulreform, die alle möglichen Schulsysteme nebeneinander stehen und die Menschen in totaler Verwirrung lässt.

*Alle Parteien müssen jetzt für die Landtagswahl am 27. September kurzfristig Programme und Kandidatinnen aufstellen. Welches werden die zentralen Forderungen und Aussagen der LINKEN für Schleswig-Holstein sein?*

Wie es jetzt aussieht, werden die Themen des Bundestagswahlkampfes auch die inhaltlichen Diskussionen im Landtagswahlkampf bestimmen. Und tatsächlich überlappt sich da vieles. Die Folgen der Finanzkrise und die hohe Arbeitslosigkeit sind vor allem bei den Ländern und Kommunen zu spüren. Um dem wirksam begegnen zu können, brauchen wir Investitionsprogramme und eine Sozialgesetzgebung, die diesen Namen auch verdient.

Natürlich werden die Themen Bildung, Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben und Umweltpolitik im Landtagswahlkampf eine wichtige Rolle spielen.

Nimmt man aktuelle Umfragen, hat DIE

## Wahlkreise und DirektkandidatInnen für die Bundestags-Wahl

- 1 - Flensburg – Schleswig: Heinz-Werner Jezewski
- 2 - Nordfriesland – Dithmarschen Nord: Harry Voß
- 3 - Steinburg – Dithmarschen Süd: Dieter Cwielong
- 4 - Rendsburg-Eckernförde: Stefan Karstens
- 5 - Kiel: Cornelia Möhring
- 6 - Plön – Neumünster: Esther Hartmann
- 7 - Pinneberg: Klaus-Dieter Brüggemann
- 8 - Segeberg – Stormarn-Nord: Miro Berbig
- 9 - Ostholstein: Lutz Heilmann
- 10 - Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd:  
Lorenz Gösta Beutin
- 11 - Lübeck: Sascha Thomas

LINKE durchaus Chancen, in den Landtag einzuziehen. Wie ist der Landesverband für den kurzen Wahlkampf aufgestellt?

Wir müssen uns jetzt natürlich etwas spüten, aber das geht den anderen Parteien zumeist auch nicht anders. Ein kurzer Wahlkampf hat durchaus Vorteile, weil wir so nicht Gefahr laufen, uns zum Beispiel bei der Diskussion des Wahlprogramms in endlosen Debatten über Kommas und Spiegelstriche zu verheddern. Das geht jetzt alles Schlag auf Schlag. Ich finde das gut.

Die Bundestags- und die Landtagswahl fallen auf den selben Tag. Im Bund wird ein Sieg von Union und liberalen vorhergesagt, CDU-Präsident Carstensen wird unterstellt, dass er die Neuwahl auch deswegen provoziert hat, weil in Schleswigstein die Sterne gut für Schwarz-Gelb stehen. Womit wird DIE LINKE ihre Wählerschaft mobilisieren?

Ein Hauptmotiv für die Ansetzung der Neuwahl war sicher die Erwartung, dass die schlimmsten Auswirkungen der gegenwärtigen Krise erst nach der Bundestagswahl 2009 sichtbar werden und dass sich auch erst dann die vielen Versprechen der Großkoalitionäre als billige Wahlkampfplügen entpuppen. Wir werden den Menschen unsere Politikansätze für eine gerechtere Gesellschaft vorstellen, bei der das Prinzip "Menschen vor Profite" gilt und die für alle Bürger/innen da ist, nicht nur für die Reichen.



## Die ersten sechs Landtags-KandidatInnen von links nach rechts:

Uli Schippels (Platz 4) - Björn Thoroë (Platz 6) - Antje Jansen (Platz 1) - Ranka Prante (Platz 5) -  
Heinz-Werner Jezewski (Platz 2) - Ellen Streitböcker (Platz 3)

*Du hast im März 2009 als Kandidat der LINKEN zur Oberbürgermeisterwahl in Kiel für viel Aufmerksamkeit gesorgt. Jetzt trittst du zur Bundestagswahl an. Wie reagieren die Menschen auf DIE LINKE und insbesondere auf ihre politischen Alternativen zu den etablierten Parteien?*

Bei der OB-Wahl ging es uns unter anderem darum, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Themen der LINKEN zu nutzen und zugleich das Image der Partei zu verbessern. Das ist uns nachhaltig gelungen. Die Berichterstattung über DIE LINKE ist insgesamt sachlicher geworden, wozu die gute Arbeit unserer Mitglieder in den Kommunalvertretungen beiträgt.

Für die meisten Menschen in Schleswig-Holstein sind wir mittlerweile nicht mehr lediglich eine Möglichkeit zum Protest wählen, sondern eine ernst zu nehmende Alternative zu den anderen Parteien.

*Und was muss DIE LINKE unternehmen, um von dem Bild loszukommen, gegen alles zu sein und Versprechungen nicht finanzieren zu können, wie es die Medien so gern zeichnen?*

Dieses unzutreffende Bild, das vereinzelt Medien immer noch von der LINKEN zeichnen, kommt in der Wahrnehmung der Menschen kaum noch an. Das hängt sicher damit zusammen, dass die Leute erleben konnten, wie schnell Union und SPD dreisteilige Milliardenbeträge zur Rettung von Banken und Bankern bereitstellen. Dagegen nehmen sich die Forderungen der LINKEN für staatliche Beschäftigungsprogramme und eine gerechtere Sozialpolitik eher bescheiden

aus. Aber im Gegensatz zu den Wahlversprechen aus dem bürgerlichen Lager haben wir ein klares und durchfinanziertes Steuerkonzept: Wir wollen Reichtum verteilen und Armut bekämpfen. Das geht mit links.

- aus Disput August 2009  
- Raju Sharma: [www.raju-sharma.de](http://www.raju-sharma.de)

## „Die einzig unbelastete Partei...“

Auf der Tagesordnung stand für den zweiten Tag der VertreterInnenversammlung, am Sonntagmorgen 9. August, stand die von den Delegierten gespannt erwartete Rede des Parteivorsitzenden und Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Linken, Oskar Lafontaine. Sein Besuch, für den er trotz des eigenen Wahlkampfes im Saarland Zeit gefunden hatte, wurde als Zeichen großer Solidarität empfunden. Seine dann folgende engagierte und aufrüttelnde Rede stieß im Publikum auf große Zustimmung.

Gut eine Stunde sprach Oskar Lafontaine über Finanzwirtschaft, die Medien und über Demokratie, die sich erst dann wirklich entfalten könne, wenn sie auch in den Bereichen Wirtschaft und Medien umgesetzt würde. „Nicht Parlamente, sondern Banken lenken die Geschicke der Republik, die Linke ist die einzig unbelastete Partei außerhalb des Systems“, stellte er fest. Lafontaine weiter: „Zahlungen von Boni aus Steuergeldern, wo leben wir überhaupt?“ Es gehe zu wie in einer „Bananenrepublik“!

## Die gesamte Landesliste nach Plätzen geordnet:

1. Janssen, Antje
2. Jezewski, Heinz-Werner
3. Streitböcker, Ellen
4. Schippels, Uli
5. Ranka Prante
6. Thoroë, Björn
7. Asmussen, Daniela
8. Brüggemann, Klaus-Dieter
9. Bothmer von, Vanessa
9. Karstens, Stefan
10. Tiraz-Denis, Meryem
11. Balzer, Joachim
12. Buetterich, Margitta

Anschließend rechnete er mit den anderen Parteien ab. Sie haben Sozialabbau, Neoliberalismus und nicht zuletzt die Daueraffäre um die HSH-Nordbank verursacht. „Außer CDU, SPD und FDP stecken auch die Grünen mit in diesem Sumpf und verdienen nicht die geringste Nachsicht, auch nicht in Schleswig-Holstein“, forderte er. Der SPD warf er vor, nicht mehr die Interessen der Mehrheit zu vertreten...

- <http://www.linke-sh.de>, gekürzt

## Antje Jansen

Seit meiner Jugend bin ich politisch aktiv. In den 1970er Jahren habe ich mich im Kommunistischen Bund(KB) in Lübeck engagiert. Ich habe mich stets für linke Ziele stark gemacht. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit für alle und Ablehnung von Kriegen sind Grundsätze, die ich niemals aufgeben werde. Von 1990 bis 2000 war ich Mitglied der GRÜNEN, für die ich acht Jahre lang Fraktionsvorsitzende in der Lübecker Bürgerschaft war. 1996 und 1997 war ich Landessprecherin der GRÜNEN Schleswig-Holstein. Im Jahr 2000 verließ ich die GRÜNEN wegen der Befürwortung des Krieges in Jugoslawien.

Im Jahr 2002 war ich parteilose Kandidatin für den Bundestag für die PDS. Seit 2005 bin ich Mitglied der Partei DIE LINKE.PDS. und war von 2006 bis 2008 Landessprecherin in Schleswig-Holstein und gestaltete den Vereinigungsprozess mit der WASG mit. Seit 2008 bin ich Fraktionsvorsitzende der siebenköpfigen linken Fraktion (mit über 30 Mitgliedern in Ausschüssen) in der Lübecker Bürgerschaft und bin Vorsitzende des Lübecker Sozialausschusses.

Meine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Bildung, Jugend, Frauen und Umwelt. In meiner beruflichen Tätigkeit als Erzieherin habe ich immer wieder erlebt, dass nicht alle Kinder die gleichen Chancen bekommen. Für Schleswig-Holstein möchte ich erreichen, dass ein flächendeckendes Betreuungsangebot entsteht und alle Krippen und Kitas beitragsfrei werden. Außerdem muss jedes Kind mindestens eine kostenlose warme Malzeit am Tag erhalten.

## Heinz-Werner Jezewski

- 1958 geboren, Ausbildung zum Elektriker
- Auf dem 2. Bildungsweg EDV -Kaufmann und Dozent in der Erwachsenenbildung geworden
- 2005 und 2008 Hartz- IV - Empfänger
- Heute arbeite ich als Dozent bei der Flensburger Frauenwerkstatt, einer Bildungseinrichtung des DGB.
- Nebenbei schreibe ich Historische Romane und Krimis

Nach Aktivitäten in SDAJ und DKP in den 70'er Jahren, Engagement z.B. in der AKW- oder der Friedensbewegung, wurde ich 2005 Mitglied der WASG und der Linkspartei. Von 2006 bis 2007, der Fusion der beiden Parteien, war ich Landessprecher der Linkspartei, anschließend bis 2008 im Landesvorstand der LINKEN. Seit Mai 2008 bin ich Fraktionsvorsitzender unserer Partei im Rat der Stadt Flensburg.

Hier spüren wir tagtäglich, wie die konzeptions- und hilflose Politik der Landesregierung auf das Leben der Menschen im Land wirkt. Die missratene Bildungsreform sorgt für Regional- und Gemeinschaftsschulen, für die es keine ausgebildeten Lehrer gibt. Wegen der völlig verfehlten Energiepolitik ist Schleswig-Holstein kurz davor, endgültig seine gute Position bei der Entwicklung regenerativer Energien zu verlieren. Stattdessen werden wir bald zum CO2 -Endlager der Republik werden. Das Lavieren bei der Funktional- und Gebietsreform hat den Gemeinden massenhaft neue Aufgaben beschert, die früher von Land erledigt wurden. Auf den finanziellen Ausgleich dafür warten die Kommunen immer noch.

## Die vier Ersten für den Landtag

### Ellen Streitböcker

- Jahrgang 1951, geboren und aufgewachsen in Lübeck, Studium im Kiel, geschieden, Mutter zweier erwachsener Kinder • von Beruf Lehrerin an einer Grundschule
- seit Anfang 2008 Mitglied der Partei DIE LINKE
- Abgeordnete im Lauenburgischen Kreistag, hier Mitglied im Bildungs- und Kultur- und im Jugendhilfeausschuss.
- Mitglied der Landesschiedskommission
- Direktkandidatin für den Wahlkreis 39 Lauenburg-Mitte

Seit meiner Schul- und Studienzeit bin ich eine politisch interessierte und engagierte Frau, die einen Platz für ihr Engagement im linken Spektrum suchte. In den Achtziger Jahren bin ich in die SPD eingetreten und habe eine Zeit lang aktiv in der Kommunalpolitik mitgearbeitet. Nach meinem Austritt aus der SPD habe ich mich immer politisch isoliert und heimatlos gefühlt. Ich bin mit großer Hoffnung in DIE LINKE eingetreten.

Seit 35 Jahren bin ich im schleswig-holsteinischen Schuldienst tätig und habe damit alle „Reformen“ der letzten Jahrzehnte mitgemacht. Die katastrophale Schulpolitik der Großen Koalition der letzten Jahre hat SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gleichermaßen verärgert und überfordert. Mit dieser Politik muss Schluss sein! Ich möchte mich im Landtag für eine Bildungspolitik einsetzen, die die Grundlage für eine gerechtere Gesellschaft legt. Dazu gehören unsere Forderungen nach der Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems und der Einführung einer wirklichen Gemeinschaftsschule bis Ende der 10. Klasse. KiTas, Schule und Hochschule müssen personell und materiell deutlich besser ausgestattet werden und gebührenfrei sein.

### Uli Schippels

- 1963 in Neumünster geboren, aufgewachsen in Kiel
- Studium der Politikwissenschaft in Kiel (Abschluss Politologe M.A.)
- Seit 2008 Regionalmitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Schleswig-Holstein
- Stellvertretendes Mitglied im Sozialausschuss der Stadt Kiel
- Mitglied im Ortsbeirat Schreventeich/Hasseldieksdamm
- Mitglied bei ver.di
- Mitglied beim Mahnmal Kilian e.V.
- Mitglied der RLS SH: werkstatt utopie & gedächtnis e.V.

Ich bin Gründungsmitglied der PDS Schleswig-Holstein (Oktober 1990). Mein Ziel war schon damals die Etablierung einer antikapitalistischen parlamentarischen Kraft im Westen und in Schleswig-Holstein, die auch eine verlässliche Partnerin der außerparlamentarischen Bewegungen ist. Die Gründung der WASG als originär westdeutsches linkes Projekt und der gemeinsame Antritt zur Bundestagswahl 2005 haben diesen Traum Wirklichkeit werden lassen. Als einer von zwei Finanzverantwortlichen im Übergangsvorstand konnte ich das schwierige organisatorische Zusammenwachsen beider Quellparteien mit gestalten. Wir waren erfolgreich und haben jetzt mit der LINKEN auch in Schleswig-Holstein eine junge und mitgliederstarke Partei, die von den Menschen als wählbare Alternative zum etablierten Politikzirkus wahrgenommen wird.

Meine Schwerpunkte in der Landtagsfraktion sehe ich in den Bereichen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie der Finanzpolitik. Gerade in diesen Politikfeldern werden wir in den kommenden Jahren gegen weiteren Sozialkahltschlag zu kämpfen haben.

## Politik für die Jugend

Seit ich mich erinnern kann, wurde Sbei uns zu Hause zu Neujahresbeginn die Internationale gespielt. Zunächst war das einfach so, dann war es peinlich und später sang ich selbst mit. So war es kein Wunder, dass mit dem Zusammenschluss der WASG und der PDS unsere ganze Familie Mitglied der frisch gebackenen Partei DIE LINKE. wurde.

Obwohl DIE LINKE. im Allgemeinbild eine überalterte Partei ist, denke ich, dass sie für junge Menschen attraktiv ist, da sie Themen behandelt, die die Jugend unmittelbar betrifft. Die Bildungstreiks im vergangenen aber auch wieder in diesem Jahr haben gezeigt, dass die jungen Menschen mit dem bestehenden Bildungssystem nicht einverstanden sind und dieses nicht länger in Kauf nehmen werden. Überfüllte Klassenräume, überforderte Lehrer, G8, die neu eingeführte Profiloerstufe, Studiengebühren, und die Einführung der Studiengänge Bachelor und Master haben dazu geführt, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten auf die Straße gegangen sind.

Alternativen zum bestehenden System fordert und bietet die Partei DIE LINKE. Denn DIE LINKE ist gegen Studiengebühren, setzt sich für integrative Gemeinschaftsschulen und damit für ein langes gemeinsames Lernen ein und fordert die Lehrmittelfreiheit. Die jungen Menschen in Deutschland wollen keine

Elite-Unis durch die zunehmende Auslese im Bildungssystem, sondern kostenlose Bildung für alle und genau dieses Ziel verfolgt auch DIE LINKE.

Doch nicht nur die zukünftigen und derzeitigen Studentinnen und Studenten sind durch das bestehende Bildungssystem benachteiligt. Der Lehrstellenmarkt bietet zu wenig Ausbildungsplätze für die zahlreichen Bewerber.

Deshalb will DIE LINKE durch eine Ausbildungsabgabe allen Lehrstellensuchenden eine Ausbildung zur Verfügung stellen. DIE LINKE. will durch den sozialen und ökologischen Umbau sowie eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung neue Arbeitsplätze schaffen.

Doch nicht nur die Bildungspolitik DER LINKEN. ist für junge Menschen attraktiv. Die heutige Jugend ist eine umweltbewusste Jugend und die Partei DIE LINKE. ist eine umweltbewusste Partei. Denn DIE LINKE. ist für erneuerbare, ökologisch verträgliche Energieversorgung, will der zunehmenden Umweltzerstörung und dem fortschreitenden Klimawandel entgegenwirken.

Die jungen Mitglieder der Gesellschaft wollen in einer demokratischen, sozialen, ökologischen, freien, toleranten und pluralistischen Gesellschaft leben, sich selbst verwirklichen und ihr Individuum entfalten können. Dieses ist nur durch einen Politikwechsel in Deutschland zu er-

reichen. Die große Mehrheit der Jugend von heute ist tolerant, sie möchte in einer Gesellschaft leben, in der Menschen auf Grund ihrer Herkunft, Religion, Hautfarbe, politischen Gesinnung oder sexueller Orientierung nicht diskriminiert werden. Genau für dieses Ziel kämpfen auch die Mitglieder der LINKEN.

Gerade junge Männer und Frauen sind von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und dem fortschreitenden Sozialabbau in Deutschland betroffen. Sie wollen existenzsichernde und sozial verträgliche Arbeit, sie wollen, dass nachhaltig gewirtschaftet wird und jede Bürgerin und jeder Bürger am sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben teil haben kann.

Die Jugendlichen in Deutschland wollen eine Erneuerung des Sozialstaates, in dem eine gute gesundheitliche Versorgung gewährleistet werden kann. Doch unsere Jugendlichen sind auch die zukünftigen Eltern, deshalb sind auch gebührenfreie Kindertagesstätten in ihrem Interesse.

**Dennoch: DIE LINKE. muss der Jugend ihre Alternativen aufzeigen und ihre Politik für junge Menschen stetig attraktiver machen. Denn die Jugendlichen sind nicht nur potentielle zukünftige Wählerinnen und Wähler, sondern ganz klar die Zukunft für Deutschland.**

- Svenja Mahrt, Bad Oldesloe

## NEUES PRÄSIDIUM IM LANDES RAT GEWÄHLT

**Die neuen Mitglieder: Ranka Prante (KV - Steinburg),  
Susanne Agne (KV - Stormarn), Angelika Hannappel (KV - Plön),  
Ralf Iden (KV - Stormarn) und Klaus-Dieter Brüggmann (KV - Pinneberg)**

Am Sonntag, den 12.07.09 wurde im Landesrat ein neues Präsidium gewählt. Somit ist der LaRa wieder voll funktionsfähig. Der Landesrat ist das Gremium, welches zwischen den Parteitag wichtige Entscheidungen zu treffen hat. Bisher ist der Landesrat seiner Aufgabe nicht gerecht geworden... Hiermit möchte ich auf keinen Fall dem alten Präsidium eine Schuld zu weisen, vielmehr liegt es daran, dass wir als junge Partei uns erst einmal finden müssen, um die Aufgaben für alle transparent machen zu können.

Der Landesrat ist ein Relikt aus der WASG-Zeit und alte Mitglieder der PDS-Linkspartei konnten mit dem neuen Konstrukt nicht allzu viel anfangen. Dabei ist dies ein Gremium, welches keine andere Partei aufweisen kann. Hier und nur hier (außer dem Landesparteitag) sind alle Kreise vertreten. Jeder Kreisverband sen-

det zwei quotierte Delegierte in den LaRa. Diese haben nicht nur die Aufgabe, ihre Kreise zu vertreten, sondern auch Entscheidungen zu treffen, die keinen Aufschub bis zum nächsten Landesparteitag dulden. Hier werden dringende Anträge gestellt, aber auch politische Kampagnen angestoßen. Gerade vor der Bundestagswahl, aber besonders vor der auf uns zu kommenden Landtagswahl muss der Landesrat ganz eng mit den Kreisverbänden und dem Landesvorstand zusammen arbeiten, um den größt möglichen Erfolg bei den Wahlen zu erzielen.

Kommunikation untereinander und miteinander ist die wichtigste Aufgabe zwischen den einzelnen Gremien. Ich persönlich hoffe sehr, dass dies zukünftig erfolgt. Zur Kommunikation gehört auch das Zuhören. Immer wieder ist mir aufgefallen, dass sich gegenseitig nicht zu-

gehört wird. Zu merken ist dies besonders in harten Diskussionen.

Natürlich haben wir auch in unserer Partei und auch in unserem Landesverband die sogenannten Grabenkämpfe... Jedoch gibt es zwischen diesen beiden "Parteimeinungen" auch viel Verbindendes. Die Aufgabe des Landesrates besteht auch darin, das Verbindende hervor zu heben und gemeinsam zu unserem Ziel - die Gesellschaft zu verändern - hinzuführen.

Eine weitere Aufgabe des Landesrates besteht darin, den Landesvorstand zu kontrollieren und einen Finanzplan zu verabschieden. Hierzu muss natürlich auch eine transparente Politik zwischen dem Landesvorstand, dem Landesfinanzrat und dem Landesrat funktionieren. Ich hoffe sehr, dass in Zukunft alle parteirelevanten Gremien nun zu einer gemeinsamen Arbeit finden und persönliche Auseinandersetzungen außen vor lassen.

- A. Hanappel 13.7.09 (inzwischen aus dem Präsidium zurückgetreten)

# Aus den Kreisen, Ortsverbänden und Landesarbeitsgemeinschaften

## Meinungen und Berichte

### Die Nazis dürfen...

### die Autonomen sind eine Gefahr

Es war kein Aprilscherz, als am 1.4. die Meldung in den Pinneberger Medien erschien, die Nazis würden sich am 6. Juni in Pinneberg zu einer Demonstration zusammenrotten, um ihre obskure Gedankengut zu verbreiten.

Schon am 2. April fand ein Treffen statt, ein breites Bündnis gegen diesen Aufmarsch sollte und musste ins Leben gerufen werden, unter dem Motto: Keine Nazis in Pinneberg und anderswo.

Dieses Bündnis gegen Rechts wuchs und wuchs, fand breite Unterstützung in der Bevölkerung. Eine große Gruppe aus Organisationen, Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien und anderen forderte das Verbot solcher Nazizusammenrottungen und rief zu einer Gegendemonstration am 6. Juni auf. Die Versuche der zuständigen Kreisverwaltung, den Marsch der Nazis auf dem Rechtsweg zu verhindern, kann man nur als halbherzig bezeichnen - da kann dann auch ein Gericht kaum anders entscheiden, als den Aufmarsch zuzulassen. Bezeichnend

auch, dass CDU und ähnliche durch Ignoranz glänzten.

Etwa 5.000 Menschen folgten dem Aufruf zu einer machtvollen Demonstration des Bürgerwillens, dass wir keine Nazis wollen, versammelten sich vor dem Pinneberger Bahnhof und zogen nach der Auftaktkundgebung durch den Ort - abgeschirmt, und teilweise erheblich gestört und behindert durch ein massives Polizeiaufgebot. Einer Polizei, die ihre Aufgabe wohl darin sieht, ehrbare Bürger vor ehrbaren Demonstranten zu schützen, diese zudem noch umfangreich auf Bild und Foto festzuhalten. Es waren sicherlich nicht die Hobbyfotografen, die hier in Uniform am Werke waren.

Der Naziaufmarsch konnte nicht verhindert werden und fand unter Polizeischutz auf der anderen Seite der Bahnlinie statt. Mit gezielten Desinformationen über Route und Zeitpunkt dieser Zusammenrottung und totaler Blockade aller Übergänge auf der Bahnlinie wurde so alles unternommen, um angebliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Nur

diese bösen "Autonomen" sind in deren Augen die Gefahr für unseren Rechtsstaat, da muss man die Faschisten schützen. Viel anders lief es auch vor 1933 nicht ab...

Es war eine machtvolle Demonstration dieses Bündnisses gegen Rechts, welches weiterhin besteht, weil die rechte Szene immer noch aktiv ist, z.B. kandidieren 2 NPD-Leute hier im Kreis für den Landtag. Es war aber auch eine Demonstration, die noch viele Fragen offen lässt, etwa die Form, in der unser Staat so offen den Faschismus schützt oder auch, wie CDU & Co durch Ignoranz das reaktionäre Spektrum billigt oder damit sogar ihre Nähe zu beweisen.

- Claus Samtleben, Krs Pinneberg



## Offener Brief zum Neonazi-Aufmarsch vom 6.6.09 in Pinneberg

Herr Grimme, Landrat, Herr Tober, Kreisordnungsamt  
Herr Parchmann, Polizei Pinneberg  
An das Pinneberger Bündnis gg den Neonaziaufmarsch  
An diverse Zeitungen in Pinneberg, Elmshorn und Uetersen

### Sehr geehrte Damen und Herren

Während das Bündnis gegen Rechts mit seinem breiten Unterstützerkreis die kommunale Zivilgesellschaft mobilisierte und viele Einwohner und Einwohnerinnen mit einer großen antifaschistischen Demonstration politisch Flagge gegen Nazis zeigten, fanden unserer Ansicht nach die durch die Gesellschaft legitimierten Institutionen keine ausreichenden bzw. auch falsche Antworten.

Weder knüpfte die Verbotsbegründung der Kreisverwaltung an einen bereits erreichten Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht (bezüglich des letzten der fünf Naziaufmärsche in Elmshorn vor rund 10 Jahren) an, noch war offensichtlich das Sicherheitskonzept der Polizei überzeugend. Die Gerichte konnten so und mussten wohl formal entscheiden, da hier keine Rolle spielt, ob Faschismus eine Meinung oder Verbrechen ist. Dort ist die Frage entscheidender, ob das Transparent z.B. mit dieser Aufschrift 3 oder 4 m lang ist (die gerichtliche Auflage entschied 3 m).

So konnten Neofaschisten um die NPD am 6. Juni mit ihrer auf bewusste Provokation ausgerichteten Strategie operieren. Ein Rückgriff auf die Geschichte zeigt, wie Provokationsmärsche der SA funktionierten: "Die braunen Marschkolonnen wurden insbesondere bei ihren Demonstrationen in die Arbeiterviertel von zivilen SA-Männern, der so genannten "Watte" begleitet. Links und rechts liefen diese auf den Bürgersteigen mit.

Sie hatte mehr Aufgaben. Einmal diente sie als Flankenschutz gegenüber möglichen Gegendemonstrationen und stand für Straßenschlachten als Reservetruppe zur Verfügung. Das war die praktische Arbeitsteilung. Die SA-Kolonnen konnten ihre Marschordnung aufrechterhalten, als furchtlose und gut disziplinierte Truppe erscheinen, während sie mit dem Terror, der für dieses Erscheinungsbild ja Bedingung war, offiziell nichts zu tun hatte. Zudem konnten die "Zivilordner" jederzeit als agents provocateurs Prügeleien provozieren, die der SA den Vorwand gaben, für "Ordnung" zu sorgen und die Straße zu "säubern". Damit besaß die SA ein probates Mittel einer Eskalationsstrategie" (aus: Thomas Ballistier "Gewalt und Ordnung, Kalkül und Faszination der SA" S. 153ff).

Auch am 6. Juni stellten sich die in dieser Tradition aufmarschierenden neofaschistischen Kreise als die "Guten" dar, die von der Polizei und den Gerichten geschützt werden müssen. Macht haben bedeutet auch, Raum und Zeit nach seinem Willen strukturieren zu können. Die Nazis haben an besagtem Tage das südliche Schleswig-Holstein durch bewusstes Anmelden

zweier Aufmarsch-Orte, nämlich Pinneberg am Vormittag und Itzehoe am Nachmittag, zur Übung dieses Machtanspruches benutzt und zu provozieren versucht. Das heißt, die Nazis konnten nicht nur marschieren, sie wurden auch noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln von einem Ort zum anderen befördert, während Einwohner und Einwohnerinnen des Kreises Pinneberg z.B. Waggons leer räumen mussten, ihre Bahn verpassten, von der Polizei in ihrer Bewegungs- und Meinungsfreiheit gestört und aufgefordert wurde, Ihre Orte, ihre Plätze, ihre Bahnhöfe, usw. nicht zu betreten oder zu verlassen.



### Betriebs- und Personalrätekonferenz der LINKEN in Hamburg

In diesem Zusammenhang wirkt der Vorfall, die Zeitzeugin und Auschwitzüberlebende Esther Bejarano durch einen Polizeihubschrauber bei ihrer Rede zu behindern, ungeheuerlich. Da Esther Bejarano von der Polizei nicht das erste Mal massiv gestört wurde (auch in Hamburg kam das vor), mag man an einen Zufall kaum glauben. Auf jeden Fall ist dieser Vorfall das denkbar falscheste Signal, das nur durch eine öffentliche Entschuldigung durch die Verantwortlichen rückgängig gemacht werden kann.

In Workshops diskutierten die Konferenzteilnehmer auf der Betriebs- und Personalräte-Konferenz am 24.6.09 mit der Linksfraktion im Bundestag – darunter Axel Troost und Dorothee Menzner –, wie trotz Krise Jobs verteidigt und Erpressung durch Arbeitgeber verhindert werden können.

Zum Abschluss der Konferenz erläuterte der Vizevorsitzende der LINKEN-Bundestagsfraktion Klaus Ernst das arbeitsmarktpolitische Maßnahmenpaket, mit dem seine Partei in den Wahlkampf zieht: Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld I, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, keine Rente mit 67, sondern flexibler Einstieg.

Es kann nicht sein, dass sich zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Arbeitskreise mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinandersetzen und z.B. wie wir versuchen an die Opfer dieser Verbrecher durch Stolpersteine zu erinnern, damit sie nie vergessen werden, während es den Eindruck macht, als würde der Rechtsstaat klein beigeben wollen. Aus der Geschichte, auch aus der jüngsten Geschichte Lernen bedeutet für uns, das die richtigen Antworten gegen neofaschistische Provokationen nur gemeinsam zwischen zuständiger Verwaltung, der Polizei, und der Zivilgesellschaft gefunden werden können.

Wir fordern daher zunächst und konkret regelmäßige Treffen zwischen den Verantwortlichen und dem Pinneberger Bündnis als Vertreter der Zivilgesellschaft, und zwar auf gleicher Augenhöhe, ein, damit wirksame Entscheidungen zum zukünftigen Verbot dieser braunen Provokation möglich sind. Wir wollen grundsätzlich mehr Bürgernähe, Transparenz und Dialog in der kommunalen Demokratie, damit unsere Städte und Gemeinden nazifrei bleiben.

Mit der Hoffnung auf eine positive Antwort  
Rudi Arendt, Arbeitsgemeinschaft  
"Stolpersteine für Emshorn", 15.06.09,

PS: Auf diesen Brief hat  
n i e m a n d geantwortet !

## Landesschieds-Kommission

## Kreis Lübeck

Keine Konsequenzen gegen Lüttke

### Schiedskommission entscheidet hinter verschlossenen Türen:

Am Sonntag, dem 9.8.2009, verhandelte die Landesschiedskommission der Partei Die Linke in Kiel das Verfahren wegen der Stalinfeiern gegen Ragnar Lüttke, Kreisvorsitzender in Lübeck und Mitglied in der Lübecker Bürgerschaft. Die Kommission sieht in dem Verhalten kein parteischädigendes Verhalten.

"Eine Suche nach der Motivation der im letzten Jahr in Lübeck stattgefundenen Stalinfeiern, die Lüttke selbst als satirisch bezeichnete, fand nun seitens der Landesschiedskommission der Partei ebenso wenig statt wie eine Überprüfung, ob bei einzelnen Mitgliedern tatsächlich eine vermeintliche Nähe zu diktatorisch geführten sozialistischen Systemen vorhanden ist", kritisieren Angela Whyte und Jörn Seib, die den Antrag gegen Lüttke gestellt hatten. "Nach 2 1/2 Stunden Verhandlung verkündete die Landesschiedskommission ihren Schiedsspruch: Stalinfeiern seien zwar 'nicht so prickelnd', aber geschadet hätte der Partei dann letztendlich, diese Informationen an die Presse zu geben."

Das Urteil der Landesschiedskommission stößt bei den Antragsstellern auf heftige Kritik... So Angela Whyte, eine der Antragstellerinnen und ehemaliges Landesvorstandsmitglied: "Für Parteimitglieder ist das Urteil wie eine Einladung zu Feiern zur Ehrung von Diktatoren, die im Namen des Sozialismus menschenfeindlich agiert haben, und befördert die Diskriminierung derjenigen, die sich darüber empören und ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ernst nehmen."

Jörn Seib, Fraktionsvorsitzender und Kreisvorsitzender der Linken in Neumünster, die die Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand eingestellt haben, ist empört: "Es ist unverantwortlich, dass hier keine Konsequenzen gezogen werden. Es ist unseren Wählerinnen und Wählern nicht zu vermitteln, dass jemand, der im jugendlichen Leichtsinns satirische Stalinfeiern organisiert, gleichzeitig in der Lage sein soll, in einem kommunalen Parlament verantwortungsvoll zu handeln..."

- www.hl-live, 13.8.09. leicht gekürzt

Leider auch dies:

## Enttäuschungen, Vorwürfe, Austritte...

### Kreis Neumünster

NEUMÜNSTER. Knatsch bei der Linken: Der Kreisvorstand der Linkspartei Neumünster will nicht hinnehmen, dass der Landesvorstand ihm am Wochenende bei der Delegiertenversammlung einen Kandidaten „vor die Nase gesetzt hat“. So bezeichnete es gestern der Neumünsteraner Kreis- und Fraktionsvorsitzende Jörn Seib.

Im Wahlkreis Neumünster/Boostedt soll zur Landtagswahl der Kieler Martin Schmiedlau antreten. Der 60 Mitglieder starke Kreisverband Neumünster hatte bei seinem Treffen Anfang August keinen eigenen Kandidaten gekürt. „Erstens war wegen Sommer- und Ferienzeit nicht die dafür erforderliche Anzahl von 20 Mitgliedern anwesend“, sagte Seib gestern.

Viel gewichtiger ist aber ein ganz anderer Grund. Die Linke Neumünster wollte offenbar deshalb ganz bewusst keinen Kandidaten in Neumünster antreten lassen, „weil wir nicht wissen, wie es zwischen uns als Kreisverband und dem Landesverband weitergeht“, erklärte Seib. Ursache sind der „Stalin-Feier“-Skandal und das Verfahren der Landesschiedskommission gegen Ragnar Lüttke, Kreisvorsitzender in Lübeck und Mitglied der Lübecker Bürgerschaft...

- e-Mail J. Seib 17.8.09, leicht gekürzt

### Kreis Ostholstein

Bereits am letzten Sonntag, dem 16.08.09, sind Kerstin Rätzke und ich auf dem Landesparteitag von allen unseren Funktionen zurückgetreten und aus der Partei DIE LINKE ausgetreten...

In der Konsequenz auf unseren Rücktritt und Austritt sind nun bereits einige weitere Genossinnen und Genossen aus der Partei ausgetreten, so z. B. Volker Rätzke, Frank und Kerstin Reinhardt und Helga Lünzmann-Driessen. Bereits in der vorherigen Woche hatten einige andere Genossen aufgrund der aktuellen Ereignisse bei unserem Kreisparteitag vom 08. August 2009 ihren Austritt aus der Partei erklärt, unter anderem Wolfgang Loppen-tin. Nahezu alle verbliebenen Kreisvorstandsmitglieder haben daraufhin ihren Rücktritt erklärt und viele weitere Genossinnen und Genossen überdenken zurzeit ihren Verbleib in der Partei DIE LINKE.

Das Fundament meiner politischen Arbeit für die Partei beinhaltete immer, dass ich zum einen hinter den weitaus meisten Inhalten dieser Partei stehen konnte und dass zum anderen die Führungspersonen dieser Partei glaubwürdig diese Inhalte verkörpern. Beides ist aus meiner Sicht in der Partei DIE LINKE, besonders in Schleswig-Holstein nicht mehr möglich...

### Unerwünschter Kandidat

### Die GenossInnen gehen...

Das zurzeit in der Diskussion befindliche Kurzprogramm zur Landtagswahl ist hingegen an Beliebigkeit und an massivem Mut zur Lücke kaum noch zu überbieten. Hieraus ist aus meiner Sicht eine fatale Entwicklung zu einer angepassten Partei, die lediglich noch den Anspruch vertritt die etwas bessere SPD zu sein, deutlich ersichtlich.

Noch gravierender als die Kritik an der politischen Entwicklung der Partei, fällt jedoch meine Kritik an den in Schleswig-Holstein nun in der ersten Reihe handelnden Personen aus... Vielmehr haben sich gerade die nicht genannten SpitzenkandidatInnen in der Vergangenheit besonders darin verdient gemacht, Andersdenkende auszugrenzen und mit ihrem Handeln alle Vorurteile gegen die politische Klasse im Land zu bestätigen...

Eine linke oder gar sozialistische Alternative für eine bessere Politik im Bund oder Land ist daraus bestimmt nicht herzuleiten... Eine sinnvolle politische Arbeit innerhalb der Partei ist aus meiner Sicht daher nicht mehr möglich.

- eMail, Torsten Lünzmann, 19.8.09, gekürzt

### Esther Hartmann tritt aus

...Als ich in die Linke eintrat, glaubte ich an eine ehrliche, soziale linke Alternative. Ich wurde enttäuscht und eines besseren belehrt. In einer Partei, in der offenbar die Grenze des Anstands verloren geht, will ich nicht mehr bleiben.

Ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht und in den letzten Wochen immer wieder darüber nachgedacht. Aber die Linke ist mir fremd geworden. Wenn ich mir die Form der Auseinandersetzungen im Landesverband Schleswig-Holstein ansehe, muss ich feststellen, dass hier eine von gegenseitigem Respekt geprägte innerparteiliche Streitkultur abhanden gekommen ist...

Unbequeme Mitglieder werden menschlich und gesellschaftlich in den Ruin getrieben. Innerparteiliche Demokratie und Grundsätze werden mit Füßen getreten. Im Landesverband Schleswig-Holstein gibt es keine Basisdemokratie, keine Streitkultur sondern Unterstellungen fragwürdiger Motive, Missgunst, Misstrauen, Ellenbogenreaktionen auf vermeintliche oder wirkliche innerparteiliche Gegner, üble Nachreden, Verschwörungstheorien, Anfeindungen nach außen, Dutzende von e-Mail-Schlachten, Anzeigedrohungen, Nachtretereien, Lügen, das Unterstellen von Lügen, persönliche Verantwortungslosigkeit, Unzuverlässigkeiten und Beschimpfungen.

Das Wegsehen des Landesvorstandes bei jedweder Auseinandersetzung, keine Stellungnahme zu den Stalinfeiern, zu dem Artikel zum Spätabtreibungsgesetz auf der Homepage der Landesseite, der in einer Art und Weise verfasst ist, die ich nur als menschenverachtend beschreiben kann... Auch der Beschluss der Landesschiedskommission zur Verhandlung des Parteausschlusses Ragnar Lütkes läßt mir keine andere Wahl als diese Partei zu verlassen... Natürlich gibt es auch die Genossinnen und Genossen die es ehrlich meinen, die ihre ganze Kraft in diese Partei geben, aber dennoch gegen Windmühlen kämpfen. Bei all diesen Genossinnen und Genossen möchte ich für diesen Schritt um Verständnis werben, aber auch wirklich nur bei eben diesen...

Ich werde als parteilose in der Fraktion bleiben... Ich will und werde meine kommunalpolitische Arbeit, auch wenn sie unbezahlt ist, fortsetzen mit den linken Grundsatzpositionen für die ich angetreten bin und eintrete. Das habe ich den Bürgern, den Wählern Neumünsters versprochen. Und hier werde ich meine ganz Kraft und Energie aufwenden. Nicht mehr aber für diese Partei.

- eMail, Esther Hartmann, 19.8.09, gekürzt

# Wichtige Ämter verlassen:

## Landessprecher und Bundestagskandidatin

Der Landessprecher der LINKEN.SH, Björn Radke, wird sein Amt bis zum nächsten Parteitag ruhen lassen und dort nicht für eine Wiederwahl zur Verfügung stehen. Björn hat im letzten Jahr eine enorme Arbeitsleistung eingebracht und entscheidend zum Parteaufbau in Schleswig - Holstein beigetragen. Dafür möchten wir uns auch hier ganz herzlich bei ihm bedanken und eine gute Besserung wünschen, da Björn momentan im Krankenhaus liegt.

Wie ihr vielleicht schon über die Presse mitbekommen habt, hat auch Esther Hartmann aus Neumünster unsere Partei verlassen und ihre Kandidatur auf Platz 3 der Bundestagsliste und als Direktkandidatin zur Bundestagswahl im Wahlkreis Plön - Neumünster zurückgenommen. Wir bedauern, dass unsere Liste damit weniger plural und weniger weiblich geworden ist.

- Aus Mitglieder Info 21, 24.8.09

## Was bleibt ist die Hoffnung!

Die Linke in Schleswig-Holstein taumelt angeschlagen in den Wahlkampf. Während die Parteiführung bereits vor den Wahlen festgelegt hat bei einem Einzug in den Landtag eine SPD geführte Regierung unter Ralf Stegner tolerieren zu wollen, grummelt es an der Basis weiterhin gewaltig.

DIE LINKE im Norden der Republik kommt nicht zur Ruhe. Kurz vor den Bundes- und Landtagswahlen segelt die Partei in unruhigen Gewässern. Auf einer Pressekonferenz konnte die Öffentlichkeit jetzt vernehmen, dass die mögliche linke Fraktion eine rot/grüne Landesregierung dulden und Ralf Stegner damit auch zum Ministerpräsidenten wählen würde. Eine Regierungsbeteiligung schloss man jedoch aus. Ob diese zügige Zusage an die SPD im Wahlkampf nicht zu einem politischen Eigentor werden könnte, bleibt abzuwarten. Die CDU / FDP Koalition dürfte mit dieser Aussage der linken Kandidatin allerdings gut leben können und unter diesen neuen Voraussetzungen dürfte auch der SSW stark an Stimmen zu legen.

Der Riss, der durch die zerstrittenen Reihen der Genossen im nördlichsten Bundesland geht ist tief. Die Landesführung scheint nach dem plötzlichen Rückzug ihres Landessprechers Björn Radke wie gelähmt zu sein. Während in den letzten Tagen etliche Parteimitglieder ihre Ämter niedergelegt haben, ausgetreten sind oder sich zurückgezogen haben, hüllt man sich in Kiel zu meist in betretenes Schweigen. Mit einem Aufruf versucht man jetzt die Kreisverbände zusammen zu schweißen und auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Der Text dieser Resolution ist so allgemein gehalten, dass ihn praktisch jeder politisch interessierte Mensch unterschreiben könnte.

Die allerdings damit gesuchte öffentlich nutzbare Darstellung von vermeintlichen Gemeinsamkeiten würde der Partei zunächst den Rücken stärken und die Kreise zur Loyalität verpflichten. Diese Vorgehensweise macht deutlich, dass die Funktionäre der Partei nicht mehr so genau zu wissen scheinen woran sie sind und auf wen sie parteiintern eigentlich zählen können. Der Lan-

## von Birger Heidtmann

desverband befindet sich seit dem Abgang von Björn Radke scheinbar in einer Art Schock starre. Kurz vor den Wahlen versucht man nun scheinbar zu retten, was noch zu retten ist.

Nach dem Rückzug des Landessprechers brachen vielerorts die Dämme. Aus völlig unterschiedlichen Befindlichkeiten und politischen Motivationen heraus hat der letzte Landesparteitag diverse Mitglieder aus den unterschiedlichsten Lagern veranlasst den Rückzug anzutreten. Wie von der Landessprecherin Möhring drohend gefordert, machten jetzt tatsächlich viele der vermeintlichen Störer die Tür von außen zu und verließen die Partei. Auffällig erscheint, dass es sich dabei um viele altgediente und langjährige Erfahrungsträger handelt. Mit dem Verlust von Expertise scheint man in Kiel kein Problem zu haben, ganz im Gegenteil. Man weint vielen dieser Genossen/innen keine Träne nach, galten sie doch als ungeliebter Störfaktor. Nach dem 27. September dürften der Partei daher zumindest komunal schwere Zeiten bevor stehen, aber das scheint bisher niemanden so recht zu kümmern.

Man rechnet in Kiel zwar felsenfest mit dem Einzug in das Landesparlament, aber niemand vermag zu sagen, wie es nach den Wahlen innerparteilich weitergehen wird. Überfliegt man die Liste der Strömungen, die sich derzeit im politischen Abseits befinden ist man zunächst erstaunt. Realos, AKler, KPFler und NKler befinden sich derzeit gemeinsam im politischen Abwind. Insofern steht für den interessierten Beobachter die Frage im Raum, wer denn parteiintern eigentlich noch übrig geblieben ist und die Geschicke der Partei lenkt?

Nach dem DIE LINKE im Saarland, Sachsen und Thüringen nicht nur Geschlossenheit demonstriert hat und hervorragende Ergebnisse einfahren konnte, zerbricht die Partei im Norden immer wieder in politische Enklaven und Machtbereiche. Man darf gespannt sein, wie der Wähler den derzeitigen Zustand der Partei bewerten wird.

### Verwunderlich ?

Für alle allzu Verbitterten sagt der philosophische Kabarettist - oder auch kabarettistische Philosoph - **Karl Valentin**:

**"Niemand würde ich einem Club beitreten, der mich als Mitglied akzeptiert."**

### Schließlich noch ein Wort...

vom Genossen Ulrich Althüser aus dem KV Schleswig/Flensburg:

**... zu unseren Mitgliedern. Sie sind in ihrer großen Mehrheit ehrliche Linke, denen es größtes Bedürfnis ist, diese Gesellschaft ein Stück gerechter und humaner zu machen. Und an diesem Ziel sollten wir alle mit Ausdauer und Gelassenheit, trotz gelegentlicher Widrigkeiten, mit großer Beharrlichkeit unbeirrt festhalten.**

- Sieverstedt, d. 20.8.2009

## Weiter wie gehabt – oder auf zu neuen Ufern?

Interview mit BundestagskandidatInnen zu Dauerbrennern der Flüchtlingspolitik. Ausführlich haben Bundestagswahl-KandidatInnen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und LINKE die Fragen der Redaktion des Magazins DER SCHLEPPER beantwortet. Wer wissen möchte, ob es nach dem 27. September flüchtlingspolitisch wie gehabt weiter geht oder der Aufbruch zu neuen Ufern ansteht, kann sich hier ein Bild machen.

**DER SCHLEPPER:** *Wie stehen Sie zu der Frage, die Dauer der landeszentralen Unterbringung für Flüchtlinge zu begrenzen, und eine Verteilung in Kreise und Gemeinden, gerade für Traumatisierte, Frauen und Familien mit Kindern, zu beschleunigen?*

**Raju Sharma:** Ich finde die Kritik an den derzeitigen Lebensbedingungen der Unterkünfte völlig berechtigt. Es stellt sich auch die Frage, ob eine zentrale Unterbringung insgesamt sinnvoll ist. Wir müssen versuchen die Menschen möglichst schnell in die Kreise und Gemeinden zu bringen, damit sie dort gesellschaftlich, beruflich und schulisch integriert werden können. Dabei müssen wir aufpassen, dass wir die Zentralisierung nicht durch Isolation ersetzen. Wenn wir die Menschen am Rande eines Kreises unterbringen, wo nicht einmal die öffentlichen Verkehrsmittel hinfahren, haben sie überhaupt keine Chance integriert zu werden, und dann wäre nichts gewonnen.

**DER SCHLEPPER:** *Wohnsitzauflagen und die sog. Residenzpflicht wirken integrationsfeindlich z.B. bei Arbeitsaufnahme, Ausbildungssuche oder sozialer Kontaktpflege. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die sog. Residenzpflicht auf ganz Schleswig-Holstein auszuweiten und werden Sie sich bundespolitisch für die Abschaffung der Residenzpflicht einsetzen?*

**Raju Sharma:** Wir als Linke setzen uns bundespolitisch für die Abschaffung der Residenzpflicht ein. Bei der Residenzpflicht geht es nicht um die Integration der Menschen, sondern darum, staats- und ordnungspolitische Interessen durchzusetzen. Das ist aus Sicht der Linken kein Ziel erfolgreicher Integrationspolitik. In

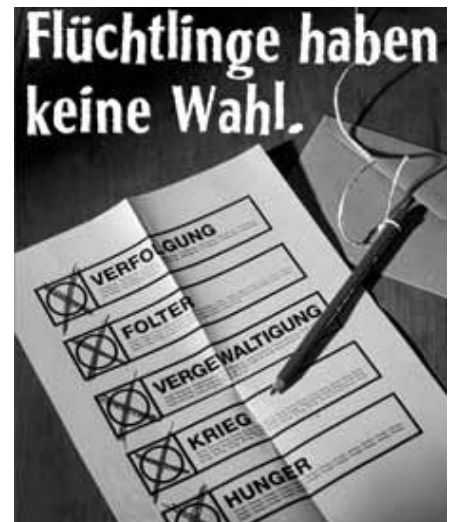
Schleswig-Holstein setzen wir uns dafür ein, dass die Residenzpflicht, wie in anderen Bundesländern, auf das ganze Landesgebiet ausgeweitet wird und die Menschen nicht mehr gezwungen werden, sich nur in bestimmten Kreisen oder kreisfreien Städten aufzuhalten.

**DER SCHLEPPER:** *Wie stellen Sie sich eine im Detail besser ausgestattete Gesetzliche Altfallregelung vor? Welche bundespolitischen Möglichkeiten werden Sie in der neuen Legislaturperiode ergreifen, um ein dauerhaftes Bleiberecht für langjährig hier lebende und inzwischen sozial verwurzelte Menschen durchzusetzen und Kettenduldungen abzuschaffen?*

**Raju Sharma:** Kettenduldungen und die Praxis der Aufenthaltserlaubnis auf Probe sind menschenunwürdig und führen nicht zu einer Integration. Viele Menschen können es in der jetzigen Arbeitsmarktsituation nicht schaffen ihren Lebensunterhalt eigenständig abzusichern, das gilt auch für Menschen, die hier groß geworden sind. Und es gilt für Flüchtlinge, die noch unter besonderen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu leiden haben. Deswegen fordern wir, dass man die Aufenthaltserlaubnis auf Probe abschafft und allen Menschen, die unter die Bleiberechtsregelung fallen, ein dauerhaftes Bleiberecht zugesteht.

**DER SCHLEPPER:** *Wie beurteilen Sie die Praxis der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein? Welche bundespolitischen Strategien erscheinen Ihres Erachtens zielführend für die Durchsetzung rechtsstaatlicher und humanitärer Prinzipien bei der Abschiebungshaft?*

**Raju Sharma:** Die Abschiebungshaft ist nicht nur in der praktischen Umsetzung problematisch, sie ist vom Ansatz her völlig verfehlt. Menschen fliehen (...) und kommen mit der Hoffnung auf eine neue Heimat in Deutschland an. Und dann werden sie in Haft genommen, obwohl sie sich nichts haben zu Schulde kommen lassen, außer dass sie dem Elend entfliehen wollten. Sicher kann man darüber reden, wie man die Bedingungen der Haft verbessern kann, um diesen grundsätzlich falschen Ansatz der Inhaftierung etwas



abzumildern. Wirklich richtig machen kann man es damit nicht. In der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg ist die Situation baulich schon verbessert worden, aber das ändert nichts daran, dass es immer noch eine Haftanstalt ist.

**DER SCHLEPPER:** *Zwei Drittel der Insassen der Abschiebungshaft Rendsburg sind sog. Dublin-II-Fälle. Die Dublin-II-Verordnung regelt, dass Flüchtlinge in das EU-Land oder den Drittstaat zurückgeschoben werden, das sie auf dem Fluchtweg nach Europa zuerst betreten oder durchquert haben. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Dublin-II-Verordnung zu kippen oder indirekte Kettenabschiebungen betroffener Menschen, z.B. in den Irak, zu verhindern? Wie stehen Sie zu Rückschiebungen unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge z.B. nach Griechenland?*

**Raju Sharma:** Grundsätzlich wollen wir, dass Flüchtlinge ihr Aufnahmeland selbst bestimmen können. Das Dublin II-Abkommen führt dazu, dass Flüchtlinge auf ihrem Fluchtweg neuen Gefahren ausgesetzt werden, immer neue Hürden nehmen müssen, und ihre schlechte Situation unnötig verlängert wird. Kettenabschiebungen zu verhindern, ist eine Frage des Handwerks. Wenn man sie in Deutschland verhindern will, dürfte die Umsetzung kein Problem sein. Wir sind grundsätzlich gegen Zurückschiebung nach Griechenland, das gilt für minderjährige genauso wie für erwachsene Flüchtlinge.

- Der Schlepper, Sommer 2009

**INFO DIE LINKE.**  
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 5. September 2009

Online-Zeitung und Printausgabe

**Herausgeber:** DIE LINKE. SH, Landesrat, 24103 Kiel, Sophienblatt 19, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

**Die Redaktion:** Mitglieder: Wolfgang Beutin, Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner, Brigitte Sawirucha.

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP):** Edda Lechner

**Kontakte:** Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wt.net.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.